

22. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz. 12.Juni 1947.

103/J

Anfrage

der Abgeordneten Appel, Linder, Zechtl, Reissmann und Genossen

an den Bundesminister für Handel und Wiederaufbau,  
betreffend Überlassung von staatlichen Bildungseinrichtungen an die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft.

-.-.-.-.-

Das Präsidium des Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft ist an das Handelsministerium mit der Aufforderung herangetreten, die Staatliche Lehr- und Versuchsanstalt für Kraftfahrzeuge und den Staatlichen Gewerbeförderungsdienst samt den Liegenschaften, Werkstätten, Einrichtungen und dgl. der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft zu überlassen. Dabei wurde angeblich auf ein Einverständnis mit dem österreichischen Arbeiterkammertag hingewiesen, welches Einverständnis weder zustande kam noch überhaupt angesucht wurde.

Die gefertigten Abgeordneten erachten die Notwendigkeit einer Überlassung bewährter staatlicher Einrichtungen an die Kammer der gewerblichen Wirtschaft nicht für gegeben. Insbesondere erheben sie schwersten Protest gegen jeden Versuch, die Heranbildung von geschultem Nachwuchs in Gewerbe, Handel und Industrie einseitig oder auch nur vorherrschend einer Standesvertretung der Unternehmer auszuliefern.

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Handel und Wiederaufbau die nachstehende

Anfrage:

Ist der Herr Bundesminister für Handel und Wiederaufbau bereit mitzuzeigen, ob die Übertragung von staatlichen Einrichtungen, nämlich der Staatlichen Lehr- und Versuchsanstalt für Kraftfahrzeuge und des Staatlichen Gewerbeförderungsdienstes samt den Liegenschaften, Werkstätten, Einrichtungen und dgl. und von Staats Eigentum an die Kammer der gewerblichen Wirtschaft von ihm geplant ist?

-.-.-.-.-